

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Soziale Dienste
Bearbeitet von: Georg Ritter

Siegen, 18.10.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss

17.11.2022

Kurzbezeichnung:

Zuschussvereinbarung mit dem Sozialdienst katholischer Frauen, Siegen, für die Übernahme von Vereinsvormundschaften

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Zuschussvereinbarung laut Anlage mit dem Vormundschaftsverein des Sozialdienst Katholischer Frauen, Siegen e.V. (SKF) zu treffen.

Sachverhalt / Begründung:

Am 01.01.2023 tritt das neue Vormundschaftsrecht in Kraft. Dieses bringt viele grundlegende gesetzliche Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) und damit neue Aufgaben und Handlungsnotwendigkeiten der beteiligten Akteure mit sich.

Durch die im § 55 SGB VIII n.F. hervorgehobene funktionelle, organisatorische und personelle Trennung der Aufgaben der Pflegschaft und Vormundschaft gegenüber den anderen Aufgaben des Jugendamtes wird nun auch von den Landesjugendämtern empfohlen, die vielfältigen neu hinzugekommenen Aufgaben von der reinen Führung der Vormundschaft/Pflegschaft zu trennen und dafür eine koordinierende Stelle beim Jugendamt einzurichten.

Aus Sicht des Landesjugendamtes und der Fachinstitute sollte eine solche Aufgabe nur erfahrenen Fachkräften übertragen werden, die bislang die Aufgaben der Vormundschaft umfassend wahrgenommen haben. Somit entsteht beim Jugendamt neben den bisherigen 3,8 Vollzeitstellen ein zusätzlicher Personalbedarf in Höhe von ca. einer Vollzeitstelle zur Erfüllung dieser neuen Aufgaben. Hinzukommt, dass zum 01.11.2022 und zum 11.07.2023 zwei Fachkräfte den Bereich Vormundschaften verlassen werden, sodass hier in der Summe in den nächsten Monaten drei neue Fachkräfte zu finden und einzuarbeiten wären.

Vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels sowie der gesetzlichen Verpflichtung, die Höchstbearbeitungsgrenze von 50 Vormundschaften/Pflegschaften pro Vollzeitkraft nicht zu überschreiten, ist absehbar, dass es zu großen Schwierigkeiten in der rechtmäßigen und pflichtgemäßen Führung des Volumens der hier bestellten Vormundschaften kommen wird.

Insofern wurde Kontakt zu dem einzigen in Siegen vorhandenen Vormundschaftsverein beim SKF Siegen aufgenommen. Von dort wurde die Bereitschaft und die Möglichkeit zur Übernahme von ca. 40 Vormundschaften/Pflegschaften zum 01.01.2023 erklärt. Aus hiesiger Sicht sind die dortigen Mitarbeitenden ihre Persönlichkeit und ihre Fachlichkeit betreffend für die Übernahme der Aufgaben uneingeschränkt geeignet.

Insoweit steht das vorgenannte Vorgehen voll im Interesse der betroffenen Mündel, da in der hiesigen Arbeitsgruppe „Amtsvormundschaften“ die Zuständigkeit auf neu zu findende Fachkräfte übertragen werden müsste, die naturgemäß wenig Erfahrung im Arbeitsbereich der Vormundschaft mit sich bringen.

Um dieses Vorgehen umzusetzen, müssen zunächst Vormundschaften im genannten Umfang an das Amtsgericht „zurückgegeben“ werden und die bestellten Amtsvormundschaften durch das Gericht aufgehoben werden. Danach müssen die Mitarbeitenden des Vormundschaftsvereins entsprechend gerichtlich bestellt werden.

Dieses geplante Verfahren wurde dem Gericht vorgestellt. Von dort ist schriftlich mitgeteilt worden, dass dieses Vorgehen mitgetragen werde.

Der Vormundschaftsverein ist für seine Tätigkeit aus der Justizkasse zu entlohnen. Der sogenannte „Aufwendungsersatz“ für Vormundschaftsvereine ergibt sich aus § 5 des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetzes (VBVG) und beträgt zurzeit 39 €/Stunde für eine eingesetzte Fachkraft. Mit diesem Aufwendungsersatz ist jedoch eine entsprechende Fachkraft nicht refinanzierbar. Insofern soll mit dem Vormundschaftsverein eine Zuschussvereinbarung laut Anlage getroffen werden, die den Differenzbetrag zu den tatsächlichen Aufwendungen des Vereins abdeckt. Bei 40 fortlaufend zu führenden Vormundschaften ergibt sich daraus ein jährlicher Zuschussbedarf in Höhe von rd. 45.000 €.

Anlage:

- Zuschussvereinbarung

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
45.000 €	45.000 €			<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan 45.000 €	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode 06.01.01.00 Sachkonto folgt
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

Im Auftrag

gez.

Georg Ritter
Abteilungsleiter 5/3 Soziale Dienste

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.